



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	7
3.	Griechische Zyprioten .....	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen .....	9
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	10
4.	Türkische Zyprioten .....	12
	Economic Developments.....	12
	Beziehungen mit der Türkei .....	12
	Innenpolitische Entwicklungen .....	13
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	14
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	15

### **FES NEWS**

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an  
[FESPaparoditi@gmail.com](mailto:FESPaparoditi@gmail.com)

## 1. Das Zypernproblem

Am 4. Juni nahmen der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci und sein griechisch-zypriotischer Amtskollege Nicos Anastasiades an einem Arbeitessen mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres in New York teil. Guterres hatte die beiden Volksgruppenvertreter eingeladen, um sich über den Stand der von der UN unterstützten Friedensverhandlungen sowie die weitere Vorgehensweise für die im Mai geplante Konferenz zu informieren, da sich beide Seiten im Mai nicht auf ein Verfahren für die nächste Zypernkonferenz hatten einigen können

Laut einer von der UN nach dem Treffen veröffentlichten Erklärung einigten sich die beiden Volksgruppenvertreter und der UN-Generalsekretär darauf, eine weitere Konferenz im Juni abzuhalten, basierend auf der am 12. Januar veröffentlichten Erklärung, in der festgelegt worden war, dass man in einer weiteren Konferenz auf politischer Ebene unter Teilnahme der Garantiemächte (Großbritannien, Griechenland und Türkei) nach Beendigung der technischen Gespräche zusammenkommen wolle. Die beiden Politiker einigten sich auch darauf, die bikommunalen Gespräche hinsichtlich aller noch offenen Fragen parallel dazu in Genf weiterzuführen. Dazu gehören Gebiets- und Eigentumsfragen, Governance und Machtteilung sowie die Bereiche Sicherheit und Garantien, welche für beide Bevölkerungsgruppen von zentraler Bedeutung sind. Laut der Erklärung sind Fortschritte in diesem Kapitel äußerst wichtig, um eine Vereinbarung zu erreichen und das Vertrauen zwischen den beiden Bevölkerungsgrup-

pen vor allem mit Blick auf Sicherheitsfragen aufzubauen. Des Weiteren einigten sich die beiden Volksgruppenvertreter darauf, dass die Themen abhängig voneinander verhandelt werden sollen und dass es keine Einigung geben werde, wenn nicht in allen Punkten ein Einvernehmen erreicht werden kann, wie in der Erklärung vom 11. Februar 2014 festgelegt. Der Sonderberater des UN-Generalsekretärs, Espen Barth Eide, wurde damit beauftragt, gemeinsam mit allen Beteiligten nach der Zypernkonferenz in Genf und Mont Pelerin ein gemeinsames Dokument vorzubereiten als Basis für die Verhandlung über Sicherheits- und Garantiefragen.

Am 16. Juni gab Espen Barth Eide bekannt, dass die Zypernkonferenz am 28. Juni im schweizerischen Crans Montana stattfinden werde.

Am 20. Juni wurde das als Basis für die kommenden Gespräche über Sicherheits- und Garantiefragen dienende Dokument an die jeweiligen griechisch- und türkisch-zypriotischen Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis bzw. Ozdil Nami übergeben. Das neunseitige Dokument beinhaltet die während der technischen Treffen erstellten Berichte, die Verhandlungspositionen der beiden Seiten sowie die Vorschläge der UN vor allem hinsichtlich der Gespräche über die Sicherheits- und Garantiefragen. Das Dokument besteht aus vier Teilen: verfassungsmäßige Sicherheit, äußere und innere Sicherheit sowie Umsetzung der Lösung. Des Weiteren beinhaltet es einen Vorschlag über einen „Implementierungsvertrag“, in welchem die Umsetzung der Vereinbarung festgelegt werden soll. Die griechisch-zypriotische Seite legte eine Liste mit Änderungsvorschlägen

für jene Punkte vor, mit denen sie nicht einverstanden war.

Am Rande des Gipfeltreffens des Europarats in Brüssel hielt Anastasiades am 22. Juni separate Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und Kanzlerin Angela Merkel ab. Vor der bevorstehenden Zypernkonzferenz in Crans Montana erklärten Macron und Merkel, dass sie die Auffassung von Präsident Anastasiades teilten, dass man im Jahr 2017 nicht über Garantien durch Drittstaaten oder Besatzungstruppen auf dem Boden eines EU-Mitglieds diskutieren könne. Anastasiades traf sich am 23. Juni auch mit der britischen Premierministerin Theresa May und dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras zu Gesprächen.

Am 26. Juni lehnte Präsident Anastasiades einen von Eide vorbereiteten Entwurf ab. Er begründete dies damit, dass der Entwurf nicht die am 4. Juni in New York vereinbarten Punkte enthalte. Des Weiteren erklärte Anastasiades, dass er den Entwurf als nicht bindend betrachte und dass jeglicher Rückgriff oder Bezug auf das Dokument unakzeptabel sei. Man werde keine Entwürfe akzeptieren, die insbesondere die Tatsache ignorierten, dass die Gespräche von zypriotischer Seite geführt würden. Daher müsse der Entwurf aufgrund der Vereinbarung mit dem UN-Generalsekretär die Positionen aller beteiligten Parteien wiedergeben und nicht die für die griechisch-zypriotische Bevölkerung wichtigen Aspekte ignorieren. Die griechische Seite schickte die Kommentare auch an die UN, während der türkische stellvertretende Premierminister Tugrul Turkes erklärte, dass die Konferenz allen Beteiligten durch die UN aufge-

zwungen werde. Daraufhin gab Eide am 27. Juni bekannt, dass das vorgesehene gemeinsame Dokument nicht während der Verhandlungen vorgelegt werde, da es von mehreren Parteien abgelehnt werde. Des Weiteren bestätigte Eide, dass die Verhandlungen in Crans Montana an zwei separaten Verhandlungsforen stattfinden würden. An einem Tisch würden Sicherheits- und Garantiefragen unter Teilnahme der Garantiemächte besprochen, während an dem anderen bi-kommunale Fragen wie Governance und Machtteilung verhandelt würden. Der UN-Gesandte betonte, dass die Gespräche zwar separat geführt würden, jedoch miteinander verwoben seien.

Keine der beiden Seiten scheint zu einem Kompromiss bereit. Während die griechische Seite das System der Garantiemächte und das damit verbundene Interventionsrecht abschaffen möchte, bestehen die türkischen Zyprioten und die Türkei auf dessen Beibehaltung. Unter diesen Vorzeichen wurde die internationale Zypernkonzferenz am 28. Juni mit einer Sitzung über Sicherheits- und Garantiefragen wieder aufgenommen. An der Eröffnungssitzung nahmen die beiden Volksgruppenvertreter Nicos Anastasiades und Mustafa Akinci, der UN-Untergeneralsekretär für politische Fragen, Jeffrey Feltman, UN-Sonderberater Espen Barth Eide, die Außenminister Griechenlands und der Türkei, Nicos Kotzias, und Mevlut Cavusoglu sowie die britische Delegation, angeführt von Jonathan Allan teil. Berichten zufolge legte der griechische Außenminister Nicos Kotzias einen Vorschlag zur Abschaffung des Garantievertrags und der Eingriffsrechte vor. Er regte eine Überwachungs- und einen Umsetzungsmechanismus

für die Vereinbarungen an. Der türkische Außenminister Mevlet Cavusoglu präsentierte ebenfalls einen Vier-Punkte-Plan, aus dem laut Berichten hervorgeht, dass Ankara bereit ist, eine große Zahl an Truppen abzuziehen und diese weiter zu reduzieren, sobald man sich auf einen Zeitplan verständigt habe. In Bezug auf die Diskussion der Sicherheits- und Garantiefragen wandte sich der UN-Untergeneralsekretär Jeffrey Feltman mit drei Fragen an beide Seiten: Wie sehen beide Seiten den Tag nach einer Einigung? Wie werden die Sorgen/Bedenken sowohl der griechischen als auch der türkischen Zyprioten zum Thema Sicherheit angegangen? Wie wird die Umsetzung überwacht? Am 29. Juni antworteten beide Seiten in schriftlicher Form auf die Fragen. Zeitgleich begannen die Verhandlungen zu innenpolitischen Aspekten des Zypernproblems. Zwischenzeitlich erklärte der türkische Außenminister, dass „... die griechischen Zyprioten die Abschaffung der Garantien und einen vollkommenen Abzug türkischer Truppen vergessen könnten... Das ist ein Traum aus dem sie aufwachen sollten“ sagte Cavusoglu der türkischen Presse. Diese Bemerkungen, die einen Tag vor dem Eintreffen des UN-Generalsekretär (UNGS) Antonio Guterres fielen, gaben Anlass zur Spekulation, dass Ankaras Top-Diplomat beabsichtigte, kurz vor Guterres Ankunft eine Mini-Krise provozieren und den Prozess in eine andere Richtung lenken zu wollen.

Im Unterschied zu den beiden ersten Tagen nach der von Cavusoglu verursachten Mini-Krise brachte die Ankunft des UNGS frischen Wind in die Verhandlungen. Bei einem Arbeitssessen mit den Volksgruppenvertretern wurden die erforderlichen weiteren Schritte in Fragen der

Sicherheit, des Truppenabzugs, der Umsetzung der Lösung und der Gewährleistung der Umsetzung thematisiert.

Bezüglich der innenpolitischen Aspekte des Zypernproblems, die an Tisch 2 diskutiert wurden, forderte Guterres beide Politiker auf, sich darauf zu konzentrieren, wie weitere Fortschritte und eine zunehmende Annäherung erreicht werden könnten.

Laut Eide wurden bei diesem Arbeitssessen, das als positiv und ergebnisorientiert gewertet wurde, wesentliche Bestandteile eines Pakets entwickelt, die zu einer umfassenden Lösung des Zypernproblems beitragen könnten. Alle Beteiligten äußerten sich sehr zufrieden über die Teilnahme von Guterres an den Verhandlungen.

Kernpunkte des Rahmenplans, den Guterres den Volksgruppenvertretern am 30. Juni in Crans-Montana vorlegte, waren u.a.

#### Zum Thema Sicherheit:

Notwendigkeit eines neuen Sicherheitssystems, das die Eingriffsrechte und den Garantievertrag ablöst, und in dem sich alle Zyprioten sicher fühlen. Ein schneller Umsetzungsmechanismus, der externe Faktoren wie die vereinten Nationen und multilaterale und internationale Aspekte einbezieht.

#### Zum Thema Streitkräfte:

Zügiger Abbau der Streitkräfte vom ersten Tag an. Allmähliche Verringerung der Truppenstärken innerhalb eines gemeinsam vereinbarten Zeitplans in Übereinstimmung mit dem alten

Abkommen (950 griechische Soldaten – 650 türkische Soldaten). Laut Guterres gibt es hier Uneinigkeit zwischen beiden Parteien. Die griechisch-zyprische Seite optiert für eine Befristungsklausel mit einem klaren Abzugsdatum, die türkisch-zyprische Seite votiert für eine Überprüfungsklausel. Guterres wandte ein, dass dies auf höchster Ebene (der der Premierminister) behandelt werden müsse, und fügte hinzu, dass es weiterer Gespräche zu den Details eines Truppenabzugs bedürfe.

#### Zum Thema Hoheitsgebiet:

Guterres wies darauf hin, dass die türkisch-zyprische Seite - was bestimmte Gebietsrückgaben an die griechische Seite betrifft - ihre Landkarte anpassen müsse. Obwohl explizit kein bestimmter Ort benannt wurde, handelt es sich hier wohl um die Rückgabe von Morphou.

#### Zum Thema Eigentum:

Bezüglich der Gebiete, die an die griechisch-zyprische Verwaltung zurückgegeben werden, muss es klar vereinbarte Kriterien geben, damit der rechtmäßige ursprüngliche Besitzer bevorzugt bedacht werden kann, jedoch nicht zu 100%. In Gebieten, die unter türkisch-zyprischer Verwaltung bleiben, sollen die aktuellen Bewohner bevorzugt behandelt werden, jedoch nicht zu 100%.

#### Zum Thema Gleichbehandlung:

Der Anteil und die Rechte türkischer Staatsangehöriger im Vergleich zu griechischen Bürgern auf Zypern sollten „gleich“ sein. Es bedarf weiterer Gespräche, was „gleich“ in diesem Zusammenhang bedeutet.

#### Zum Thema Machtteilung:

Das Thema Machtteilung muss im Zusammenhang mit der Forderung einer Seite weiter erörtert werden. Andere Teilaspekte, die von der türkisch-zyprischen Seite eingebracht wurden, wie z.B. eine wechselnde (rotierende) Präsidentschaft, müssen diskutiert werden.

Im Norden der Insel gewährte die aus der Nationalen Einheitspartei (UBP) und der Demokratischen Partei (DP) bestehende Regierungskoalition auch im Juni massenhaft TRNZ<sup>1</sup>-Staatsbürgerschaften. Sila Usar Incirli, der Präsidenten des Ärzteverbands sagte Cyprus Weekly, dass sich vor dem Staatlichen Krankenhaus Nicosia lange Schlangen bildeten. Für den Antrag der TRNC-Staatsbürgerschaft ist ein ärztliches Gesundheitszeugnis erforderlich. „Das Krankenhaus ist überfüllt“, sagte Incirli im TV. „Beamte müssen Überstunden machen und Ärzte müssen in ihrer Arbeitszeit eine weitaus höhere Zahl an Patienten untersuchen, um überhaupt nachzukommen.“ Der stellvertretende Premierminister Serdar Denktas hatte kürzlich bekanntgegeben, dass 7.200 Personen die TRNZ-Staatsbürgerschaft gewährt worden war, seitdem die

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Koalition im April 2016 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte. Er hatte hinzugefügt, dass er nicht zögern würde, weitere 27.000 Staatsbürgerschaften auszustellen. Die meisten der Neubürger stammen aus der Türkei. Akinci kritisierte die steigende Zahl der TRNC-Staatsbürgerschaften, die die Regierung bewilligt hatte. Anastasiades fügte hinzu, dass man sich auf eine (Staatsbürger) Quote in der Vereinigten Republik Zypern geeinigt habe, dass die Vorgehensweise des Regimes im Norden jedoch diese Vereinbarung sabotiere.

Im Vorfeld der Zypern-Konferenz äußerten sich die fünf religiösen Führer Zyperns, die seit 2011 im RTCYPP (Office of the Religious Track of the Cyprus Peace Process) in Fragen der Menschenrechte und des Friedens zusammenarbeiten: „Wir beten für eine erfolgreiche Durchführung, die das Ende dieses inakzeptablen Status quo gewährleistet und die Respektierung der Menschenrechte, fundamentaler Freiheit, eigenständige Identität und Integrität mit sich bringen wird.“ Der griechisch-zypriotische Erzbischof Chrysostomos II, der Mufti (oder türkisch-zypriotische Vorsitzende des Amtes für religiöse Angelegenheiten) Talip Atalay, die Erzbischöfe der Maroniten und Armenier, Youssief Souief und Khoren Doghramadjian, das Oberhaupt der Lateinischen Kirche Zyperns, Reverend Vater Jerzy Kraj und die Apostolische Delegation konstatierten: „Jeder trägt eine historische Verantwortung, sicherzustellen, dass der politische Konflikt beigelegt und die Insel wiedervereinigt wird.“

Anlässlich der Eid al-Fitr, einer eigenen Wallfahrt zur Hala Sultan Tekke (Umm-Haram-Mo-

schee) in Larnaca, die vom Mufti Zyperns organisiert und angeführt wurde, konnten 900 türkischstämmige Gläubige am 27. Juni 2017 die Pufferzone durchqueren – was sonst nicht möglich ist. Das Oberhaupt der Kirche Zyperns übermittelte durch seinen Vertreter Grüße des Friedens und der Liebe an den Mufti. Er wurde von Vater Jerzy Kraj, dem patriarchalen Vikar und Repräsentant der Apostolischen Nuntiatur Zyperns begleitet. Beide Kirchenmänner sprachen anlässlich des Ramadanfestes allen auf Zypern lebenden Muslimen ihre besten Wünsche aus. „Wir beten für ein Zypern, in dem Christen und Muslime wieder die Traditionen und Feste des jeweils anderen kennen und miteinander feiern. Wie früher“, sagte Vater Ioannis Ioannou am Ende des Gebetsgottesdienstes. Der Mufti und die anwesenden Wallfahrer empfingen die christlichen religiösen Führer Zyperns und das RTCYPP (Office of the Religious Track of the Cyprus Peace Process), das ebenfalls seine besten Wünsche überbrachte, mit offenen Armen. „Heute ernten wir eine der Früchte des Dialogs und der Zusammenarbeit der religiösen Führer, zu der wir beide uns verpflichtet haben und für die wir außerordentlich dankbar sind“, sagte Talip Atalay. „Bevor wir das RTCYPP initiierten, hatten die religiösen Führer Zyperns jahrzehntelang nicht miteinander gesprochen. Sie kannten sich nicht, bezeichneten sich nicht als Brüder und setzten sich nicht für einander ein“, sagte Salpy Eskidjian, Sonderbeauftragter des RTCYPP und Hauptvermittler im Dialog der religiösen Führer.

Die restaurierte Kirche von Ayia Marina im Dorf Gurpinar (Ayia Marina) wurde am 1. Juni der



maronitischen Kirche übergeben, fast genau ein Jahr nachdem der bi-kommunale Technische Ausschuss für kulturelles Erbe die Konservierungsarbeiten vor Ort begonnen hatte. Unter anderem wohnten der Zeremonie in der Kirche aus dem vierzehnten Jahrhundert ehemalige Dorfbewohner und Mitglieder des Kirchenausschusses, Botschafter der EU-Mitgliedsstaaten und Vertreter der UN und der EU bei. Die türkische-zypriotische Kommission für Eigentumsfragen (IPC) verkündete, dass von den 6.323 Anträgen, die bei der Kommission in den vergangenen elf Jahren eingegangen sind, 1.000 Fälle abgeschlossen werden konnten. 815 der 1.000 Verfahren wurden durch Entschädigungszahlungen beendet. Insgesamt sechzehntausend Donum gelangten durch Ausgleichszahlungen in Höhe von 235 Millionen Britische Pfund in türkisch-zypriotischen Besitz; davon stehen 55 Millionen der Kompensationszahlungen noch aus. Das dem TRNC für Entschädigungszahlungen zugeteilte Budget hatte allerdings lediglich 75 Millionen Türkische Lira betragen (16,3 Millionen Britische Pfund). Laut IPC-Ausschussmitgliedern betragen die Eigentumsflächen griechischer Zyprioten innerhalb der TRNC-Grenzen - unter Nichtbeachtung von Staatsbesitz - 1,4 Millionen Donum, die Fläche an türkisch-zyprischem Besitz im Süden beläuft sich auf 450.000 Donum. Der IPC war im Jahr 2005 gemäß den Regelungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Verfahren Xenides-Arestis gegen den türkischen Staat eingerichtet worden, mit dem Ziel, ein innerstaatliches Rechtsmittel bezüglich der Eigentumsforderungen griechischer Zyprioten im nördlichen Teil der Insel zu schaffen.

## 2. Gasvorkommen

Am 15. Juni fand das vierte Treffen zwischen Zypern, Griechenland und Israel in Thessaloniki statt. Die drei Regierungschefs, der griechische Premierminister Alexis Tsipras, der zypriotische Präsident Nicos Anastasiades und der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu kündigten an, dass sie die Pläne für den Bau einer Pipeline, welche das vor kurzem im östlichen Mittelmeer entdeckte Gas nach Europa transportieren soll, vorantreiben wollen. Im April hatten sich eine Reihe europäischer Regierungen und Israel darauf verständigt, eine mögliche Pipeline, die Erdgas von Israel nach Europa transportiert, ins Auge zu fassen. Der Fertigstellungstermin soll 2025 sein. Die geplante 2.000 km lange East Med Pipeline soll die Gasfelder vor der Küste Israels und Zyperns mit Griechenland und möglicherweise Italien verbinden. Die Kosten werden mit bis zu 6 Milliarden Euro veranschlagt. Des Weiteren wollen die drei Regierungschef auch die Verlegung eines Elektrizitätskabels, welches die drei Länder verbinden soll, in Betracht ziehen. Die EuroAsia-Stromverbindung soll in Israel produzierten Strom über Zypern, Kreta und Griechenland in europäische Netze einspeisen. Die EU finanziert das Projekt mit 1,5 Milliarden Euro, während die Machbarkeitsstudien abgeschlossen wurden. Während des Treffens stand auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Bildung sowie die Zypernfrage und möglicherweise bei der Telekommunikation auf der Tagesordnung. Die drei Regierungschefs unterzeichneten die Thessaloniki-Erklärung, in welcher eine weitergehende Zusammenarbeit in den oben genannten Bereichen vereinbart

wurde. Anastasiades erklärte erneut, dass eine Zusammenarbeit der drei Staaten andere Länder in der Region nicht ausschlieÙe.

Der türkische Minister für Energie- und natürliche Ressourcen, Berat Albayrak, kündigte an, dass sein Land noch vor Jahresende mit ersten Bohrungen nach natürlichen Rohstoffen im Mittelmeer beginnen werde. Albayrak und sein türkisch-zyprischer Amtskollege Sunat Atun besuchten das Forschungsschiff Barbaros, das seismologische Messungen vor der Küste Zyperns durchführt. Albayrak wies darauf hin, dass zwei Drittel der seismologischen Forschungsarbeiten vor Famagusta mittlerweile erfolgt seien und dass voraussichtlich gegen Monatsende alle Forschungsaktivitäten in diesem Gebiet abgeschlossen würden. „Die Turkish Petroleum Corporation ... wird in unseren Hoheitsgewässern jede Art von Aktivität durchführen, einschließlich der Bohrungen nach natürlichen Rohstoffen, mit dem Ziel die Interessen unserer beiden Länder zu wahren“ twitterte Atun nach seinem Besuch. Er wies darauf hin, dass die griechisch-zyprische Seite unumkehrbare Schritte gegangen sei, indem sie Untersuchungen und Manöver durchgeführt und einseitige Bohrabkommen unterzeichnet habe. Atun fügte an „... anstatt zuzusehen, wie die griechisch-zyprische Seite unilateral die natürlichen Rohstoffe der Insel abbaut, auf die wir die gleichen Rechte haben, haben wir mit entschieden, die Initiative zu ergreifen.“

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach Angaben auf der Internetseite der zypriotischen Zentralbank vom 15. Juni verringerte sich der Umfang der notleidenden Kredite im Februar um lediglich 30,6 Millionen Euro und lag bei insgesamt 23,8 Milliarden Euro, die hauptsächlich auf die privaten Haushalte entfallen. Nachdem die Einstufung der Kredite als notleidend zwischen Dezember 2014 und Februar 2017 geändert wurde, nahm das Gesamtvolumen der notleidenden Kredite um 3,5 Milliarden ab.

Am 23. Juni revidierte die zypriotische Zentralbank ihre Wachstumsprognose für 2017. Demnach wird ein Wachstum von 3,1% erwartet, während im Dezember 2016 die Wachstumsrate noch bei 2,8% lag. Damit ist die Prognose der Zentralbank optimistischer als jene des Finanzministers. Laut des Juni-Berichts der Zentralbank soll die zypriotische Wirtschaft, die 2016 ein Wachstum von 2,8% verzeichnen konnte, in dem Zeitraum von 2018 bis 2019 um 3,2% wachsen. Im April prognostizierte das Finanzministerium ein Wachstum von 2,9% zwischen 2017 und 2018 und für 2019 von 2,7%.

Der Vertrag über den Bau von Zyperns ersten integrierten Casino-Resort (das bisher einzige seiner Art in Europa) wurde am 26. Juni von der zuständigen Regulierungsbehörde und dem Melco Hard Rock Konsortium in Nikosia unterschrieben. Es handelt sich dabei um Investitionen in Höhe von 500 Millionen Euro. Es werden



300.000 zusätzliche Touristen pro Jahr erwartet. Gleichzeitig sollen 4.000 neue Arbeitsstellen geschaffen werden. Der Vertrag wurde im Filoxenia Konferenzzentrum von dem Vorsitzenden der nationalen Regulierungsbehörde und Andy Choy, dem Konzernbeauftragten des aus Melco International Development Ltd, Seminole HR Holdings LLC (Melco Hard Rock) und CNS Gruppe (Cyprus Phassouri Zakai Ltd.) bestehenden Konsortiums unterzeichnet. Der Minister für Energie, Handel und Tourismus, Yiorkos Lakkotrypīs, pries den Komplex, welcher in Limassol gebaut werden soll, als den einzigen integrierten Casino-Komplex in Europa. Der Komplex soll vier Dependancen in Nikosia, Larnaka, Famagusta und Pafos haben. Laut Lakkotrypīs werde der Komplex in Limassol der größte seiner Art in Europa sein mit 136 Spieltischen, 1.200 Spielautomaten, einem Luxushotel mit 500 Zimmern, das noch vergrößert werden kann, einem 6.000 m<sup>2</sup> großen Konferenzzentrum mit einer Kapazität für 1.500 Teilnehmer und einen 4.000 m<sup>2</sup> umfassenden Wellnessbereich.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Nach einer Sitzung des Nationalen Rates am 19. Juni nahmen alle Parteien die Einladung von Präsident Anastasiades an, ihn zu der zweiten Zypernkonferenz in Genf zu begleiten. Am 20. Juni riefen alle Parteien des politischen Zentrums dazu auf, vor der Umsetzung einer Lösung den Garantiemächtevertrag aufzukündigen und alle ausländischen Truppen aus Zypern abzuziehen. Damit sollte den nationalen Interessen der Insel und der griechisch-zyprischen Bevölkerung Rechnung getragen werden. Der Vorsit-

zende der DIKO und Präsidentschaftskandidat, Nicolas Papadopoulos, stellte einen gemeinsam mit der DIKO, EDEK und der Solidaritätsbewegung ausgearbeiteten Vorschlag über Sicherheits- und Garantiefragen vor und sagte, jahrelange Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Türkei nicht verlässlich sei. Der Vorschlag der drei Parteien, die in der Zypernfrage eine harte Linie verfolgen, sieht vor, dass die einzigen Truppen in Zypern die einer gemeinsamen zyprischen Armee sein sollten, die von anderen Truppen unter der Führung der UN und der EU unterstützt werden sollen. Keine der drei Garantiemächte sollte dem Vorschlag zufolge Truppen stellen. Die stärkste Oppositionspartei AKEL stellte die Frage, ob die Veröffentlichung die Frage vor den anstehenden Gesprächen in der Schweiz konstruktiv oder wahltaktisches Kalkül seien. Des Weiteren stehe eine gemeinsame Armee dem erklärten Ziel der griechischen Zyprioten einer kompletten Entmilitarisierung Zyperns diametral entgegen.

Nach dem Erhalt des gemeinsamen Dokuments durch Espen Barth Eide, wurde der Hauptverhandlungsführer Andreas Mavroyiannis damit beauftragt, das Parlament über den Inhalt zu informieren. Der Vorsitzende der EDEK, Marinos Sizopoulos, erklärte, dass das Dokument „sehr negative Passagen“ beinhalte. Eleni Theocharous, die Vorsitzende der Solidaritätsbewegung, nannte das Dokument „eine Fassade für die Positionen der Türkei“, während der Vorsitzende der Grünen, Giorgos Perdikis, forderte dass Eides Vorschlag über einen Implementierungsvertrag gestrichen werden müsse. Er begründete dies damit, dass durch diesen Vertrag die Rolle der drei Garantiemächte bei-

behalten werde und die Republik Zypern noch vor einer Lösung aufgelöst werde. Der Vorsitzende der DISY, Averof Neophytou, betonte, dass es sowohl positive wie auch negative Punkte in dem Entwurf gebe und ein Teil des Inhalts nicht mit der Regierungslinie vereinbar sei.

Die AKEL und der Geschäftsmann Mike Spanos konnten sich nicht über ein Prinzipiendokument einigen. Somit hat die AKEL noch keinen Kandidaten für die 2018 stattfindenden Präsidentschaftswahlen. Die AKEL hatte zuvor versucht, Spanos dazu zu bewegen, ein „Prinzipiendokument“ zu unterstützen, bevor dessen mögliche Kandidatur von den Parteimitgliedern diskutiert werden sollte. In einem Interview mit einem privaten Fernsehsender sagte Spanos jedoch, dass er die freie Marktwirtschaft und weniger Einmischung des Staates in finanziellen Fragen befürworte. Außerdem verglich er die politischen Parteien mit „böartigen Krebszellen“. Eine Option, die derzeit zirkuliert, ist der ehemalige Gesundheitsminister Stavros Males, der bereits 2013 von der AKEL unterstützt worden war. Berichten zufolge wurde auch der ehemalige Finanzminister Kikis Kazamias angesprochen. Kazamias soll jedoch abgelehnt haben. Des Weiteren waren der Europa-Abgeordnete Takis Hadjigeorgiou und Andreas Mavoryiannis, Verhandlungsführer bei den Vereinigungsgesprächen, im Gespräch. Der AKEL-Vorsitzende Andros Kyprianou wiederholte, dass es das Hauptziel der AKEL sei, einen Kandidaten zu finden, welcher reelle Chancen habe, die Wahlen zu gewinnen und das Land von der Anastasiades-Regierung zu befreien. Kyprianou traf sich am 26. Juni mit dem Vorsitzenden der

Bürgerallianz, Giorgos Lillikas, um eine mögliche Zusammenarbeit auszuloten. Sie vereinbarten ein weiteres Treffen nach der Zypernkonferenz in der Schweiz.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Die drei systemischen Banken Zyperns konzentrieren sich auf die Einstellung von Fachpersonal und setzen das Programm für ein freiwilliges Ausscheiden aus dem Unternehmen fort.

1.575 Beförderungspositionen im öffentlichen Dienst, die während der Krisenjahre eingefroren waren, sind zur Besetzung freigegeben.

Das neue Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sieht drastische Geldstrafen ab 3.500 Euro aufwärts vor. Jedem gefassten Schwarzarbeiter wird zunächst eine mindestens sechsmo-natige Tätigkeit unterstellt, es sei denn, der Arbeitgeber kann das Gegenteil beweisen. Die Geldstrafe für den Arbeitgeber steigt um 500 Euro pro Monat für jeden Angestellten. Die Obergrenze liegt bei 10.000 Euro für diejenigen, die bis zu 10 Personen schwarz angestellt haben.

Der Arbeitgeber- und Industrieverband (OEB) und die zypriotische Industrie- und Handelskammer (CCCI) beabsichtigen – trotz der Uneinigkeit bezüglich der Wiedereinführung der COLA (Cost of Living Allowance / Anpassung der Gehälter an die Inflationsrate) – nach Treu und Glauben zu verhandeln, mit dem Ziel, ein Über-einkommen bezüglich der Bedingungen in der Privatwirtschaft ab 2018 zu erreichen.

Anfang Juni gab es einen 24-Stunden-Streik der Grundschullehrer. Die Gewerkschaft der griechischen Lehrer POED (Pancyprian Federation of Greek Teachers) protestierte gegen das neue Beschäftigungssystem. Dieses erkenne die langen Dienstjahre vieler „Lehrer auf Zeit“ nicht an und drohe, sie nicht wieder zu beschäftigen.

Die Gewerkschaft SEK forderte in einer Erklärung die Regierung auf, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Bademeister und Rettungsschwimmer zu ergreifen. Wenn diese Berufsgruppe nicht streike, sei dies auf deren Sensibilität in Bezug auf menschliches Leben zurückzuführen, und dürfe nicht als Zeichen von Schwäche gedeutet werden.

Die Arbeiter der Meerwasserentsalzungsanlage in Limassol traten in einen unbefristeten Streik, nachdem das Unternehmen von der Vereinbarung zur Erneuerung des Tarifvertrags zurückgetreten war. Diese Vereinbarung war mit den Gewerkschaften PEO und SEK und dem Ministerium getroffen worden. Nach neun Streiktagen und einem Treffen mit der Ministerin, die ihr Angebot klarstellte, wurde der Konflikt beigelegt. Die Gewerkschaften erklärten sich zum Sieger.

Nachdem die genossenschaftliche Zentralbank die Gespräche über das Ende der zeitlich begrenzten Sondervereinbarung für die Jahre 2014-2018 verzögert, respektive zu vermeiden versucht, kam es innerhalb der Genossenschaftsbanken zum Konflikt. Laut der Gewerkschaften PEO, SEK und PASIDY verschleppt die genossenschaftliche Zentralbank auch weitere zentrale Themen etwa den einheitlichen Tarif-

vertrag oder die einheitliche Gehaltsliste. Die Gewerkschaften riefen zu einem dreistündigen Warnstreik am 27. Juni auf.

Auch in der Hellenic Bank kam es zum Streit über die Versetzung von 130 Mitarbeitern in die Firma APS, die automatisch den Ausschluss aus der Krankenkasse der ETYK (Gewerkschaft der Bankangestellten) mit sich brachte. ETYK forderte seine Mitglieder auf, sich nicht für das neue Krankenversicherungssystem anzumelden, obwohl die Hellenic Bank versicherte, dass die Gehälter und Sozialleistungen dieser Mitarbeiter sich nicht ändern würden. Die ETYK wurde aufgefordert, sich mit dem neuen Unternehmen auf ein Gesundheitsmodell zu einigen. Am 30. Juni kam es zu einem 24-stündigen Warnstreik. ETYK erwägt weitere rechtliche Schritte.

Das Arbeitsministerium hat die Forderung des zyprischen Hotelverbands PASIXE zurückgewiesen, ausländische Studenten aus Drittstaaten als Praktikanten einstellen zu dürfen. Der Arbeitsminister wies darauf hin, dass es mehr als 4.000 Arbeitslose gäbe, die früher in der Hotellerie gearbeitet hätten oder jetzt einen Arbeitsplatz in der Hotelbranche suchten. Zudem hätten die Hoteliers den Aufruf des Ministers ignoriert, ihren Personalbedarf zu beziffern. Die Hotelbetreiber hatten versprochen, der Aufforderung des Ministers bald nachzukommen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass sie es nicht besonders eilig hatten, da sie den Personalbedarf bereits mit Arbeitskräften aus Griechenland und Osteuropa abgedeckt hatten.

Als Zeichen internationaler Solidarität mit anderen europäischen Hafentarifarbeitern wurde In den zyprischen Häfen am 29. Juni für zwei Stunden gestreikt. Besonders in Spanien, Belgien und Portugal werden nach einseitigen Beschlüssen Arbeitsplätze abgebaut.

## 4. Türkische Zyprioten

### Economic Developments

Die Entscheidung der Regierung, den Einkaufspreis für Milch zu erhöhen, hat zu Spannungen zwischen dem Verband der Milchbauern und der Regierung sowie dem Zentralverband der Milchwirtschaft geführt. Die Hersteller von Molkekereiprodukten kauften nur noch die Hälfte der Milchmenge. Sie beschuldigten die Regierung, vor der Festsetzung des neuen Preises keine Rücksprache mit ihnen gehalten zu haben. Aus Protest schütteten die Milchbauern 400 Tonnen unverkaufte Milch in eine Kläranlage.

Die Fleischerzeuger gerieten mit der Handelskammer aneinander, nachdem diese die Regierung aufgefordert hatte, die Importbeschränkungen für Fleisch zu lockern, um illegalen Importen aus dem Süden entgegenzuwirken. Die Erzeuger wiesen darauf hin, dass das Problem so nicht gelöst werde, sondern vielmehr einigen Wenigen zu noch mehr Profit ver helfe. Sie schlugen der Regierung vor, „umfassende Inspektionen Überprüfungen einzuführen, um den Fleischpreis in Metzgereien und Supermärkten zu regulieren, die Fleischwaren zum

zweieinhalbfachen Preis über dem Einkaufspreis weiterverkauften.“

### Beziehungen mit der Türkei

Im Vorfeld des Gipfeltreffens in Crans Montana besuchte der stellvertretende türkische Ministerpräsident Tugrul Turkes am 21. Juni die TRNZ zur Pflege offizieller Kontakte. Turkes sprach mit Präsident Akinci, Premierminister Ozgurgun, Parlamentspräsident Siber und Außenminister Ertugruloglu. In der türkischen Botschaft traf er sich mit den Parteiführern.

Vor der Zypernkonzferenz besuchte Akinci am 23. Juni die Türkei zu Konsultationen mit Präsident Erdogan, Premierminister Yildirim und Außenminister Cavusoglu. Einige Tage zuvor hatte sich der türkisch-zyprische Außenminister Ertugruloglu bereits mit Cavusoglu und Erdogan in Ankara besprochen. Der Staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu sagte Ertugruloglu, dass die türkischen Streitkräfte in Zypern präsent blieben und die Türkei auch nach der möglichen Umsetzung einer Lösung eine Garantiemacht bleiben würde.

Der türkisch-zyprische Minister für öffentliche Bauten und Verkehr traf sich bezüglich des Straßenprojekts Lapta (Lapithos)-Alsancak (Karavas) in Ankara zu Gesprächen mit seinem türkischen Amtskollegen. Nach der Konferenz versicherte der türkische Minister für Verkehr, Schifffahrt und Kommunikation, Ahmet Arslan, dass die Türkei großen Wert darauf lege, die türkischen Zyprioten bei der Steigerung ihres Entwicklungsniveaus zu unterstützen. Nordzypern könne vertrauensvoll in die Zukunft zu

blicken. „Innerhalb dieses Rahmens ... bieten wir jede erdenkliche Unterstützung beim Ausbau der Infrastruktur in TRNZ“, sagte Aslan. „Zwischen 2004 und 2015 stellten wir Finanzmittel in Höhe von 300 Millionen USD zur Verfügung. Zahlreiche Investitionsmaßnahmen zur Optimierung von Autobahnnetz, Luft- und Schiffsverkehr und zum Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur wurden finanziell unterstützt. Ich möchte betonen, dass allein in diesem Jahr 117 Millionen türkische Lira für die Bereiche Transport und die Kommunikation zurückgestellt wurden“ erklärte Aslan und ergänzte, dass die Planung des TRNZ-Straßen-Gesamtkonzepts die Fertigstellung von zweispurigen Schnellstraßen auf einer Länge von 225km sowie von 145km einspurigen Straßen bis zum Jahr 2020 vorsehe. 45 Millionen TL seien für dieses Jahr bereits bewilligt worden. Arslan hob hervor, dass eine große Zahl von Projekten im Bereich Kommunikation auf den Weg gebracht worden seien. 35% des gesamten e-state-Projektes seien bereits abgeschlossen.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Anfang Juni geriet der Stellvertretende Premierminister Serdar Denktasch unter scharfe Kritik. Der Vorwurf: Vetternwirtschaft. Forderungen nach seinem Rücktritt wurden laut. Ende Mai war bekannt geworden, dass ein 200 Donum großes Terrain in der Nähe von Agios Dometios von der Liste der militärischen Sperrgebiete gestrichen worden war und zum Bau einer Universität verwendet werden sollte, die den Namen des früheren Volksgruppenvertreters Rauf Dentas tragen würde. Das fragliche Gebiet war vom türkisch-zyprischen Ministerrat

zur zivilen Nutzung ausgewiesen und an die Firma von Denktaschs Sohn Rauf verpachtet worden. Nach tagelangem Druck auf die Regierung hob der Ministerrat schließlich seinen Beschluss wieder auf. Laut einer Regierungsquelle, so Cyprus Today, soll die Nationale Einheitspartei UBP Druck auf Denktasch ausgeübt haben, die Zurücknahme des Beschlusses zu akzeptieren. Denktasch wies daraufhin, dass er „nichts Illegales“ getan habe, gab jedoch zu, dass es in Verbindung mit seinem Ministerrang eine „Frage der Ethik“ sei.

Einige Tage später kam ein neuer Korruptionsskandal zutage. Emrullah Turanli, der Betreiber des Flughafens Ercan (Tymbou), behauptete, das Außenminister Ertugruloglu Schmiergeldforderungen in Höhe von 12,5 Millionen Euro an ihn gestellt habe, als er zwischen Juli 2015 und April 2016 den Posten des Verkehrsministers bekleidete. Ertugruloglu schlug zurück, indem er Turanli beschuldigte, derjenige gewesen zu sein, der versucht habe ihn zu bestechen. Eine polizeiliche Untersuchung wurde eingeleitet.

Laut den jüngsten Umfrageergebnissen des Istanbuler Meinungsforschungsinstituts Gezici ist die People's Party (HP) des früheren Verhandlungsführers Kudret Ozersay mit 38% die beliebteste Partei Nordzyperns. Sie gilt als Favorit in den nächsten Parlamentswahlen. Die momentan regierende National Unity Party (UBP) unter Premierminister Huseyin Ozgurgun belegt mit 23,4% den zweiten Platz, gefolgt von der stärksten Oppositionspartei Republican Turkish Party (CTP) mit 18,1%. Die Zustimmung für die Communal Democratic Party (TDP) liegt knapp

über 10%, der Juniorpartner Democratic Party (DP) folgt mit 7,8% auf Platz 5.

Die CONIFA – Confederation of Independent Football Associations - trug zwischen dem 4. Und 11. Juni in Nordzypern ihren Europäischen Fussballpokalwettbewerb 2017 aus. Die CONIFA ist ein Fußball-Dachverband für nationale Fußballverbände, Minderheiten, isolierte respektive nicht-anerkannte Gebiete oder Kulturregionen, die nicht Mitglied der FIFA sind. Padania gewann die Meisterschaft, an der acht Teams teilnahmen.

Ombudsfrau Emine Dizdarli warf der Stadtverwaltung von Kyrenia vor, unkontrollierte Land-schaftszersiedelung und willkürliche Erschlie-ßungen stillschweigend zu dulden. Dies führe nicht nur zu einer Beeinträchtigung der Ein-wohner, sondern wirke sich negativ auf die Gesamtbevölkerung und Wirtschaft des Landes aus.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Am staatlichen Krankenhaus in Kyrenia traten Ärzte und Schwestern in einen drei-stündigen Streik. Die Vorsitzende des Ärzteverbands Tip-Is, Sila Usar Incirli, wies darauf hin, dass für eine Rundum-Betreuung in dem 75-Betten-Krankenhaus lediglich 17 Ärzte zur Verfügung stünden. Mindestens 24 würden jedoch gebraucht.

Der eintägige Streik der Arbeiter der staatlichen Elektrizitätsbetriebe wurde beigelegt. Nach eintägigen Verhandlungen zu den Themen Mobbing und Missmanagement trafen Kib-Tek (Cyprus Turkish Electricity Authority) und die Gewerkschaft El-Sen eine Vereinbarung. Diese

beinhaltet die kostenlose Stellung von Arbeitskleidung und Vollzeitbeschäftigung für Mitarbeiter, die vorübergehend eingestellt werden.

Die städtischen Arbeiter von Yeni Erenköy (Yialousa) haben die Hälfte der ausstehenden Gehälter erhalten. Sie räumten nach einem dreiwöchigen Streik die Blockade vor der Gemeindeverwaltung und gingen wieder an ihre Arbeit. Am 22. Mai hatte die Gewerkschaft der städtischen Mitarbeiter (BES) die Eingangstür mit einem Vorhängeschloss verschlossen und so die Kommunalverwaltung lahmgelegt. Diese war fast vier Monate mit den Gehaltszahlungen für 117 Beschäftigte im Rückstand gewesen. Der Konflikt wurde beigelegt, nachdem die Regierung die Übernahme der ausstehenden Gehälter und eine garantierte Zahlung bis Jahresende zugesagt hatte.



## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### Juli

**Sonntag, 09.07. – Freitag, 21.07.2017**

ECPR/UCY/FES  
Workshop

**4th International Summer School in Peace & Conflict Studies: Co-opted Peace and the Pursuit of Justice: Hidden Conflicts, Concealed Violence and New Rights**

University of Cyprus,  
Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



**Samstag, 22.07. – Samstag, 29.07.2017**

WINPEACE / FES  
Workshop

**Summer Youth Peace Camp::  
Peace Education and a Culture of Peace and Non-Violence**

Heraklion, Kreta

Keine öffentliche Veranstaltung

### August

--- keine Veranstaltungen ---

#### Impressum:

##### Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)

Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)

Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

#### Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

#### Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

#### Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)